



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Rathaus Galerie
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

22. April 2010

Antrag:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie mit besonderer Dringlichkeit folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

1. Vom geplanten Verkauf des im städtischen Besitz befindlichen Hauses Kaiserstraße/Ecke Hauptstraße in Leverkusen-Wiesdorf, ehemalige „Freitag-Villa“ oder heute auch „Falkenhaus“ genannt, wird bis auf weiteres Abstand genommen.
2. Das Haus wird der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt und zwar den jetzigen Nutzern.
3. Das Jugendamt prüft in regelmäßigen Abständen die Nutzung der Räumlichkeiten und die Sicherheitsbedingungen der Anlage.

Begründung:

Bisher haben sich keine Interessenten für die Immobilie gefunden, die bereit gewesen wären, die mit dem Kauf verbundenen Folgekosten zu tragen. Es war und ist richtig, das Haus dann für soziale Arbeit zu nutzen. Die geschah bisher allein durch die Falken, die aber nicht das gesamte Haus benötigen. Darum wird es derzeit auch von der Elterninitiative Mütter helfen Müttern für die Kleinkinderbetreuung mitgenutzt.

Diese Krabbelgruppe arbeitete vier Jahrzehnte unter dem Patronat der Herz-Jesu-Gemeinde. 2009 führte die Kirche dieses Engagement nur als Kompromisslösung fort; inzwischen aber benötigt sie die Räumlichkeiten, die von der Krabbelgruppe genutzt wurden, für die eigene Jugendarbeit. Seit Anfang Januar hatte die Gruppe eine Übergangsstätte im Haus Ecke Kaiserstraße/Hauptstraße gefunden.

Es erscheint jetzt möglich, dass beide Gruppen in diesem Haus arbeiten können. Für eine Dauernutzung sind Renovierungsarbeiten erforderlich, die von der Mütter-Initiative und den Falken mit externer Hilfe in Eigenregie durchgeführt werden können. Beide Gruppen sind anerkannt, der Krabbelgruppe fehlt nach dem Rückzug der Kirchengemeinde aber noch ein Trägerverein, dessen Gründung vorbereitet wird. Eine Betriebserlaubnis für die Kleinkinderbetreuung liegt schon vor.



Damit die Initiative "Mütter helfen Müttern" weiterhin eine Perspektive hat und ihre jahrzehntelange Arbeit unter sicheren Voraussetzungen fortgesetzt werden kann, ist die vorübergehende Überlassung der Immobilie an die jetzigen Nutzer gerechtfertigt. Wenn dafür bisher Kosten anfielen, ist eine Ausweitung darüber hinaus nicht erforderlich. Um den immer weiter wachsenden Bedarf der Kleinkinderbetreuung decken zu können, sollten die Stadt, die freien Träger in den Kitas, die Tagesmütter und private Initiativen wie "Mütter helfen Müttern" eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Freie Wähler OWG-UWG

gez CDU

gez Bündnis 90/Die Grünen

gez. FDP